

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

Die Leitartikel geben die Meinung der Zeitung wieder und sind daher unsigniert

NRW

Bohren für die Demokratie

Zum Beruf des Politikers gehört es, dicke Bretter zu bohren, um dünne Ergebnisse zu erzielen. Die nordrhein-westfälische SPD-Chefin Hannelore Kraft hat sich nun ein besonders dickes Brett vorgenommen. Aus der Opposition heraus will sie die schwarz-gelbe Landesregierung zermürben, die seit der Wahl vor fünf Wochen keine Mehrheit mehr hat. Das Problem ist nur: Kraft bohrt das falsche Brett.

Mit ihrem Verhalten ignoriert sie die simple Tatsache, dass die Wähler vor fünf Wochen den Auftrag erteilt haben, eine Regierung zu bilden. Und so, wie das Ergebnis aussieht, liegt dieser Auftrag bei Kraft. Einfach so zu tun, als habe es keine Wahl gegeben, und die alte Regierung lediglich mit ein paar Gesetzentwürfen zu traktieren ist keine Alternative. Kraft muss eine Koalition bilden. Und da sowohl die Linke als auch die FDP realistischere Partner ausfallen, muss sie eben eine Große Koalition mit der CDU anstreben. Das ist das dicke Brett, auf das sie ihre Energie verwenden sollte.

Eine Große Koalition fällt in NRW nicht vom Himmel. Es kann sie nur geben, wenn beide Seiten nachgeben – und das Gefühl vermitteln, dass der andere mindestens ebenso leidet. Erste Voraussetzung wäre daher, dass sowohl Kraft als auch Jürgen Rüttgers einsehen, dass sie nicht Ministerpräsident werden oder bleiben können. Damit würden beide Seiten eine wichtige Position räumen. Es läge dann an der CDU, einen Ministerpräsidentenanwärter vorzuschlagen, der

für die SPD akzeptabel ist – etwa den bisherigen Integrationsminister Armin Laschet. Dass die CDU das Recht hat, den Regierungschef zu stellen, ist keine Frage: Zwar liegt die CDU mit nur 6000 Stimmen Vorsprung denkbar knapp vorn, was bei der Sitzverteilung im Landtag zu einem Patt mit der SPD führt. Doch Vorsprung ist Vorsprung.

Die Düsseldorfer SPD-Führung scheut vor einer Großen Koalition zurück, weil sie noch traumatisiert ist von der Erfahrung im Bund, wo Merkel die Partei vier Jahre lang ins Umfragetief regierte.

Doch ist es um Krafts politische Zukunft besser bestellt, wenn sie versucht, den geschäftsführenden Ministerpräsidenten Rüttgers aus der Opposition heraus zu zermürben? Wohl kaum. Nicht nur, dass sie grundlegende Spielregeln der Demokratie missachtet und damit jene nur noch knappe Mehrheit von Bürgern, die den Weg an die Wahlurne auf sich genommen haben. Auch polittastisch ist ihr Kurs gefährlich.

Dennoch mit Rüttgers' Regierung bleibt auch die schwarz-gelbe Bundesratsmehrheit bestehen. Raufen CDU und FDP sich also rechtzeitig zusammen und lassen ihr Sparpaket und andere umstrittene Vorhaben problemlos durch die Länderkammer absegnen, dürften SPD-Wähler auch Kraft dafür verantwortlich machen.

Wie man es auch dreht: In Nordrhein-Westfalen müssen sich beide großen Parteien bewegen. Das ist nicht leicht, weder für die Spitzenleute noch für die Basis. Aber das Bohren dicker Bretter gehört eben zur Politik.

Kraft hat von den Wählern einen klaren Auftrag: Regierungsbildung

KIRGISTAN

Außer Kontrolle

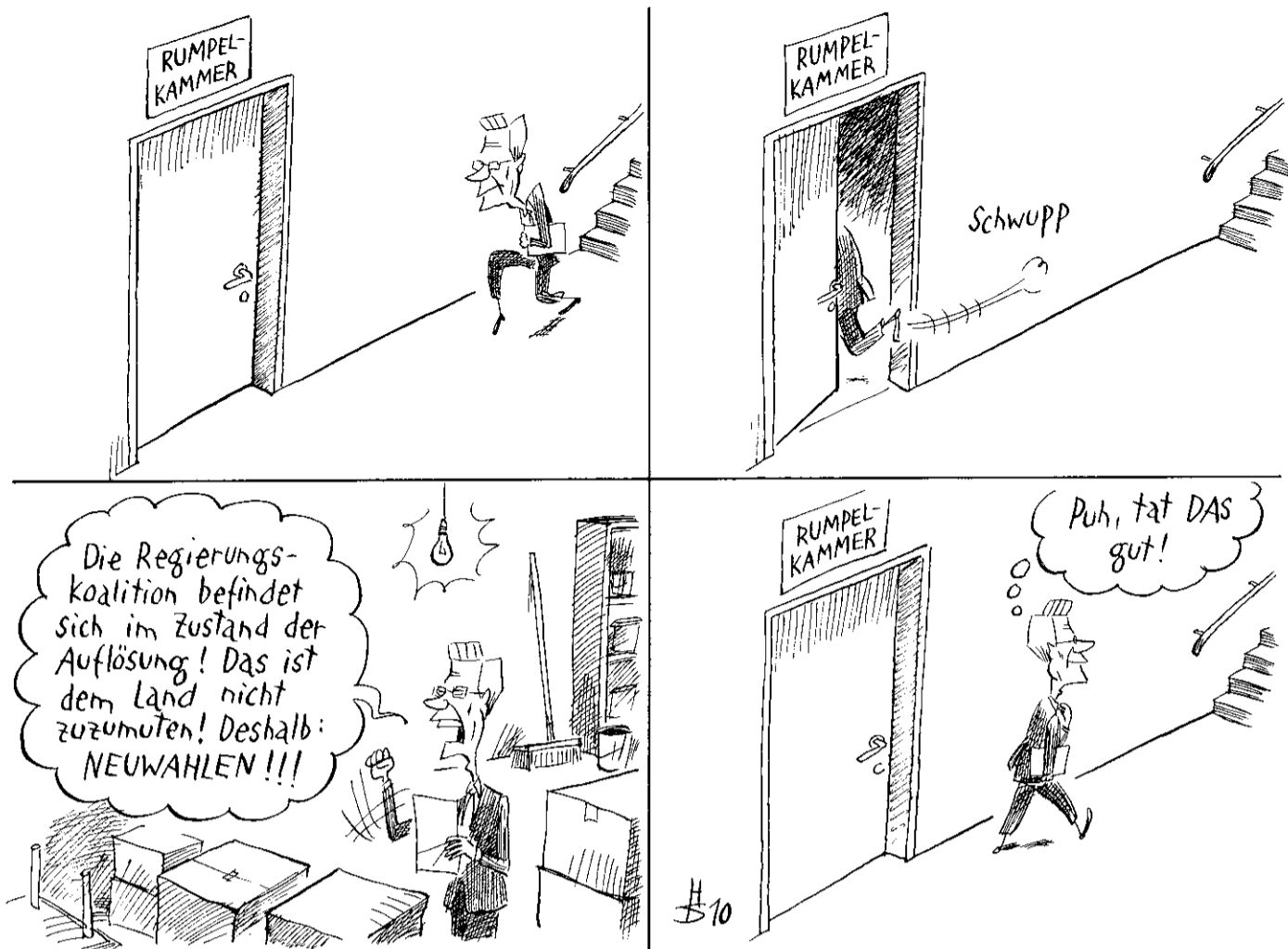
So sieht ein Land aus, dessen Regierung völlig die Kontrolle verloren hat. Viele Hundert Tote, noch viel mehr Verletzte, Flüchtlinge, Menschen, die sich in ihren Häusern verschanzen – und eine Regierung, die hilflos zusieht. In Kirgistan spielt sich eine Tragödie ab, der Ruf nach Hilfe von außen wird lauter – und ist doch vor allem Ausdruck der Tatsache, dass derzeit noch niemand genau weiß, was zu tun ist, um die Lage im Süden des Landes zu beruhigen. Daher ist es richtig, dass Russland vorerst zögert, im Alleingang einzugreifen.

Noch ist unklar, warum sich Usbeken und Kirgisen derart blutig bekriegen. Die beiden Volksgruppen hatten friedlich nebeneinanderher gelebt. Die Usbeken, die in den umkämpften Regionen etwa die Hälfte der Einwohner stellen, fühlen sich zwar von der kirgisisch geprägten Zentralregierung benachteiligt. Doch das erklärt für sich genommen nicht den Gewaltausbruch der letzten Tage. Allerdings gibt es auch für den Vorwurf der Interimsregierung, Kirgistans Ex-Präsident

Kurmanbek Bakijew habe die Unruhen angeheizt, keine Belege.

Solange die Gemengelage so unübersichtlich ist, tut sich Moskau keinen Gefallen damit, in der ehemaligen Sowjetrepublik einzumarschieren. Zu groß ist das Risiko, in einen schwer beherrschbaren Regionalkonflikt verwickelt zu werden. Zudem würde Russland mit einem Einmarsch die Interimsregierung unter der Führung Rosa Otunbajewas legitimieren, die im April durch einen Putsch an die Macht kam. Der Kreml müsste heftige ausländische Kritik fürchten.

Es ist daher zu hoffen, dass Russlands Präsident Dmitri Medwedew weiterhin Ruhe bewahrt und eine multilaterale Lösung anstrebt, indem er mit den früheren Sowjetrepubliken auf die Entsendung gemeinsamer Truppen setzt. Das verringert die Gefahr, dass Russland in alte Gewohnheiten verfällt und versucht, dauerhaft die Kontrolle im Land zu übernehmen. Und es bietet die Chance, dass die Menschen im Süden Kirgistans schnell Hilfe erhalten.



Guido geht in die Opposition

Vorbild Belgien

Der Staat der Flamen und Wallonen droht an Separatismus und politischer Kungelei zu zerbrechen. Die Bürger wenden sich ab. Die EU leidet an den gleichen Symptomen **VON CLAUD HECKING**

Wenn Belgien verschwindet, wird dann jemand trauern?", fragte der Wahlsieger vom Sonntag, der flämische Separatist Bart De Wever. Mindestens 44,5 Prozent der Flamen werden nicht trauern. Sie wählten Parteien, die Belgiens Ende fordern. Gut möglich, dass die Bildung der 43. Nachkriegsregierung wieder neun Monate dauert, wie bei den vergangenen Wahlen. Dabei beginnt in nicht einmal drei Wochen Belgiens EU-Präsidentschaft.

In Brüssels Europaviertel werden Augenbrauen hochgehen über das Chaos im belgischen Regierungsdistrikt. Dabei leidet die Europäische Union an denselben Konstruktionsfehlern wie Belgien. Macht sie weiter wie bisher, droht ihr dasselbe Schicksal.

Der Grundkonflikt in Belgien und der EU könnte ähnlicher nicht sein. Reicher Norden gegen armer Süden; in der Union seit 2004 auch noch gegen den armen Osten. Die Blöcke kämpfen gegeneinander um Euros und Einfluss; im Fall Griechenland bis zum Rande des Abgrunds. Die meisten Politiker misstrauen der übergeordneten Regierung, wollen am liebsten keine Kompetenzen abgeben und das Beste für ihre Heimat herausholen.

Quote über alles

Nur so können sie bei ihren Wählern punkten, denn die dürfen ausschließlich innerhalb der regionalen beziehungsweise nationalen Grenzen wählen. Eine Partei für alle gibt es weder in Belgien noch in der EU. Auch die Fraktionen im Europaparlament sind nur lose Zweckgemeinschaften, die bei wichtigen Abstimmungen wie zum Datenabkommen Swift in nationale Grüppchen zerfallen.

Hinzu kommen extremes Misstrauen gegenüber dem Bürger und maximale Intransparenz. In Belgien gibt es keine Volksabstimmungen; alle wichtigen Beschlüsse knobeln

die führenden Politiker, Berater und Lobbyisten in trauter Runde aus. Das Parlament segnet dann pro forma ab. In der EU treffen sich die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten oder ihre Minister hinter verschlossenen Türen. Hier geht es sogar noch undemokratischer zu: Das Europaparlament wird meist gar nicht gefragt. Es könnte ja dagegen sein.

Umso wichtiger sind hingegen Quoten. Posten werden hier wie dort nach einem fein austarierten System vergeben. Minister, Staatssekretäre oder Beamte – überall wird in Belgien exakt die Balance zwischen Flamen und Wallonen gehalten. In der EU achten 27 Staaten peinlich genau darauf, nirgends auch nur ein bisschen unterrepräsentiert zu sein. So wird Qualifikation zur Nebensache.

Bestes Beispiel: die Wahl von Europas Nummer drei, Catherine Ashton. Als die 27 Regierungschefs im November den neuen „Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ kürten (gegen die Bezeichnung Außenminister hatten einige Staaten Vorbehalte), gingen sie nur nach Quote. Vorgabe: sozialdemokratisch, britisch, weiblich. Die ersten drei Kandidaten, David Miliband, Geoff Hoon und Peter Mandelson, scheiterten am Geschlecht. Die Wahl fiel schließlich auf Ashton – obwohl die kaum jemand kannte und sie keine Erfahrung mit Sicherheitspolitik hatte.

Gelungener war die Kür des EU-Ratspräsidenten. Herman Van Rompuy ist kein Visionär, aber Belgier – perfekt für das Brüsseler Klein-Klein. Rasend schnell hat er sich ins EU-Machtgefüge eingereiht, viele rühmen seine Fähigkeiten, Gipfel zu organisieren und Kompromisse im Kämmerchen auszuhecken. Wie früher in Belgien.

Ergebnis all der Kungelei: Niemand hat noch den Durchblick. In Belgien wissen viele Bürger nach vier Staatsreformen nicht mehr,

mit welchem Anliegen sie sich an Gemeinde, Stadt, Provinz, Region, Gemeinschaft oder Nationalstaat wenden müssen. Und in Europa? Ein Glücklicher, wer sich im Paragrafenwirrwarr der Agrarpolitik auskennt: Es geht um fast 60 Mrd. € pro Jahr. Dafür sind die EU-Reisen klar geregelt: Das Parlament muss zwei Wochen pro Monat in Brüssel tagen und eine Woche in Straßburg. Die 27 nationalen Minister treffen sich mal in Brüssel, mal im Land der EU-Präsidentschaft – und im April, Mai sowie Oktober in einer Tagungshalle am Rande von Luxemburg.

Staatskonstrukte ohne Wärme

Natürlich muss jeder der 27 Staaten seinen eigenen Kommissar haben. Da trifft es sich gut, dass das System heute so komplex ist, dass Brüssel einen Kommissar für interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung braucht.

Die EU verteilt Milliarden von Euro, aber sie strahlt keine Wärme aus. Sie ist heute wahrscheinlich so wichtig wie nie. Aber ihren meisten Bürgern ist sie egal wie nie. Fast so egal wie Belgien vielen Flamen und Wallonen. Die leben ohne emotionale Bindung zum gemeinsamen Staat nebeneinanderher.

Europa hilft nur eins, um vom belgischen Weg abzukommen: mehr Demokratie wagen. Dem Bürger mehr Macht geben – und dem Parlament noch viel mehr Mitsprache als im Vertrag von Lissabon. Der Bürger sollte künftig Listen mit Kandidaten aus ganz Europa ins Parlament wählen dürfen, und er sollte direkt über den Kommissionspräsidenten und die Kommissare bestimmen. Zugegeben, es wäre nur ein Anfang. Aber besser, als sich einfach zu ergeben wie Belgien. Dessen Ende würde ich nicht beweinen. Das des vereinten Europas schon.

E-MAIL hecking.claus@guj.de

DAS LETZTE

Bismarcks Nationalelf

Miroslav Klose verzichtet auf seinen Purzelbaum nach dem Torschuss. Aber er freut sich trotzdem: Er rutscht auf Knien in Richtung Eckfahne. Jubelt. Formt Daumen und Zeigefinger zu einem Okay-Zeichen. Sieht man so aus, wenn man seinen „inneren Reichsparteitag“ abhält, wie ZDF-Moderatorin Katrin Müller-Hohenstein nach dem Spiel gegen Australien erklärt?

Offenbar nicht. Denn die ZDF-Führung eilt herbei, um die „sprachliche Entgleisung“ der Moderatorin zur Halbzeitpause zu entschuldigen. So was wird es nicht wieder geben, heißt es.

Schade. Denn wir alle möchten doch mehr Anlässe sehen, die Müller-Hohenstein so ins Schwärmen geraten lassen. Dreh- und Angelpunkt ist unser Bundes-Jogi, gewissermaßen der Otto von Bismarck der National-

elf. Der sollte als eiserner Kanzler unsere Interessen vertreten – das haben wir frühestens nach der Vorrunde über, wenn denn überhaupt.

Philipp Lahm müsste als Verteidiger in der deutschen Hälfte eine Mauer errichten – und als Kapitän Dolchstöße des Mittelfelds verhindern. Mesut Özil wiederum stünde nach seinen vergebenen Chancen gegen Australien ein Gang nach Canossa

gut an. Dann aber müsste er mit sich selbst einen Westfälischen Frieden schließen und an seine sonst guten Leistungen anknüpfen. Ziel: den Gegnern ein Waterloo zu bescheren und uns einen Platz an der Sonne in der Fifa-Tabelle zu sichern.

Klappt das alles, feiert Deutschland ein Hambacher Fußballfest. Man muss es ja nicht unbedingt so formulieren.

ANDRE TAUBER



ZITAT DES TAGES

„Er wohnt nach wie vor hier, zelten kann er nicht“

Gerhard Decker, Anwalt des zurückgetretenen Bischofs Walter Mixa, zu der Tatsache, dass sein Mandant noch immer im bischöflichen Palais in Augsburg wohnt